

# DOKUMENTATION UND ANALYSEN

## Die sächsische Landtagswahl vom 31. August 2014: Zäsur für das Parteiensystem nach der zweiten nicht großen „Großen Koalition“?

Eckhard Jesse

### 1. Die Ausgangslage

Mit den Wahlen in Sachsen am 31. August 2014 sowie denen in Brandenburg und in Thüringen 14 Tage später ging der sechste Zyklus der Landtagswahlen in den neuen Bundesländern zu Ende.<sup>1</sup> Der Freistaat gedieh von 1990 an als ein Hort der Stabilität. Bedeutet das Wahlergebnis in Sachsen nun eine Zäsur mit Blick auf die gesamte Bundesrepublik – zum einen durch den erstmaligen Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in einen Landtag, zum andern durch das Ausscheiden der FDP aus der letzten Landesregierung?

Sachsen weist ein Hegemonialparteiensystem zugunsten der CDU auf.<sup>2</sup> Bei den ersten drei Landtagswahlen 1990, 1994 und 1999 erreichte die Union immer über 50 Prozent der Stimmen, bei den Landtagswahlen 2004 und 2009 über 40 Prozent.<sup>3</sup> Dieser „sächsische Weg“<sup>4</sup> blieb bis heute erhalten. Auch wenn es keinen Zweifel an ihrer Dominanz gibt, steht die CDU seit einem Jahrzehnt nicht mehr so konkurrenzlos da wie in den 1990er Jahren: 2004 musste eine Koalition mit der SPD (9,8 Prozent) gebildet werden, 2009 mit der FDP (10,0 Prozent).

Der „politische Betrieb“ im Freistaat Sachsen ist nicht nur durch eine starke CDU gekennzeichnet, sondern auch durch eine ausgesprochen schwache SPD. Sie hatte bei den Wahlen 1999, 2004 und 2009 lediglich 10,7, 9,8 und 10,4 Prozent erreicht. Hingegen war die Konkurrenz im linken Spektrum, die PDS beziehungsweise die Linke, doppelt so stark. Allerdings musste diese, obwohl in der Opposition, 2009 einen Verlust von 3,0 Punkten verzeichnen. Die Liberalen und die Grünen waren 2004 und 2009 wieder im Landtag vertreten, nachdem sie in den beiden Wahlperioden zuvor ihm nicht mehr angehört hatten. Die 2004 und 2009 in den Landtag gelangte rechtsextremistische NPD, von den anderen Fraktionen „geschnitten“, verhielt sich wenig professionell. So musste ihre gesamte Frak-

- 1 Vgl. *Eckhard Jesse*, Nach den Landtagswahlen. Das deutsche Parteiensystem vor dem Umbruch?, in: *MUT*, 49. Jg. (2014), H. 11, S. 31 – 37.
- 2 Vgl. *Thomas Schubert*, (K)eine aussterbende Spezies? Kompetitive Hegemonialparteiensysteme und die Faktoren ihres Parteienwettbewerbs am Beispiel von Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen, in: *ZfP*, 60. Jg. (2013), H. 4, S. 393 – 413; *Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme*, Politik in Sachsen, Wiesbaden 2014, S. 137 – 185.
- 3 Vgl. *Eckhard Jesse*, Die Landtagswahl in Sachsen vom 19. September 1999: Triumphale Bestätigung der CDU, in: *ZParl*, 31. Jg. (2000), H. 1, S. 69 – 85; *ders.*, Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: *ZParl*, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 80 – 100; *ders.*, Die sächsische Landtagswahl vom 30. August 2009: Sachsens Vorreiterrolle für den Bund, in: *ZParl*, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 222 – 339.
- 4 Vgl. *Ulrich Brümmer*, Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990-2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen, Wiesbaden 2006.

tion am 12. Juni 2012 wegen des Tragens einer einheitlichen Kleidung („Thor Steiner“) den Plenarsaal verlassen.

Die schwarz-gelbe Koalition unter dem betont „integrativ“ auftretenden Ministerpräsidenten *Stanislaw Tillich*, einem „Landessohn“<sup>5</sup>, der 2008 als Nachfolger *Georg Milbradts* bereits Regierungschef eines schwarz-roten Bündnisses geworden war, hatte ungeachtet mancher Querelen – zumal am Anfang – weithin geräuschlos und solide gearbeitet, etwa bei der Konsolidierung des Haushalts. Dieser Koalition war es sogar gelungen, mit den Stimmen der SPD und der Grünen eine „Schuldenbremse“ in der Verfassung zu verankern.

Die Ergebnisse der Bundestagswahl am 27. September 2013 und der Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 ließen in Sachsen bei den meisten Parteien keine gravierenden Änderungen gegenüber der letzten Landtagswahl erkennen.<sup>6</sup> Allerdings vermochte sich die SPD um 3,9 Punkte zu steigern, und die FDP verlor 7,2 Punkte. Die 2013 ins Leben gerufene AfD erreichte in Sachsen mit 10,1 Prozent ihr bestes Resultat (bundesweit: 7,1 Prozent). Sachsen war die Hochburg der Partei, wie bereits bei der Bundestagswahl 2013 erkennbar (bundesweit: 4,7 Prozent; Sachsen: 6,8 Prozent). Gab es nach der schwarz-roten Koalition 2004 im Land dieselbe Koalition 2005 im Bund, so folgte 2009 der schwarz-gelben Koalition im Land flugs eine solche im Bund. Nach dem Ende des schwarz-gelben Bündnisses 2013 im Bund galt ein schwarz-rotes Koalitionsmuster wegen der notorischen Schwäche der FDP auch im Freistaat als realistisch.

## 2. Der Wahlkampf

Der Landeswahlausschuss hatte 14 Parteien für die Landtagswahl zugelassen.<sup>7</sup> Der Wahlkampf verlief, wie 2009, ausgesprochen ruhig, weithin sogar inhaltsarm. Im Vordergrund standen Bildungs-, Familien-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. *Stanislaw Tillich* hatte mit seinem Herausforderer *Rico Gebhardt* die Klängen gekreuzt, ohne dass es bei dem Gespräch, organisiert von den drei großen sächsischen Tageszeitungen Freie Presse, Sächsische Zeitung und Leipziger Volkszeitung, zu Temperamentsausbrüchen gekommen war.<sup>8</sup> Die CDU als die Hauptregierungspartei setzte auf einen „Kuschelwahlkampf“ (*Werner J. Patzelt*).

Ein rot-rot-grünes Bündnis war nicht nur arithmetisch, sondern auch politisch angesichts der reservierten Haltung der SPD und der Grünen gegenüber den Postkommunisten unwahrscheinlich. Mithin stand so gut wie außer Frage, dass der alte Ministerpräsident *Tillich* der neue sein würde. Hingegen wurde über den Koalitionspartner gerätselt. Bei einer parlamentarischen Repräsentanz der Liberalen sprach vieles für eine Fortsetzung des Bündnisses. Ansonsten kam die SPD ebenso in Frage wie Bündnis 90/Die Grünen. Selbst eine Koalition mit der AfD hatte *Tillich* nicht strikt ausgeschlossen, obwohl diese Koalitionsvariante lediglich taktisch-strategischer Natur war. Unter günstigen Bedingungen (Scheitern der AfD, der FDP, der Grünen und der NPD an der Fünfprozent-Hürde) lag sogar eine Alleinregierung

5 Vgl. *Eckhard Jesse / Thomas Schubert / Tom Thieme*, a.a.O. (Fn. 2), S. 117 – 135 (mit einem Vergleich zum „Landesvater“ *Kurt Biedenkopf* und zum „Landesmanager“ *Georg Milbradt*).

6 Das gilt auch für die Kommunalwahlen am gleichen Tage. Ihnen kommt allerdings für den Ausgang der Landtagswahl keine sonderliche Bedeutung zu.

7 Vgl. Landeswahlleiterin Sachsen, Medieninformation 20/2014 vom 4. Juli 2014.

8 Vgl. die Berichterstattung: „Wenn Sachsen streiten“, in: Freie Presse vom 20. August 2014, S. 4 f.

der CDU im Bereich des Möglichen, denn bei allen hiesigen Landtagswahlen hatte die Partei deutlich mehr Stimmen erzielt als SPD und PDS beziehungsweise Linke zusammen.

Im Wahlkampf deutete nichts auf eine Wechselstimmung hin. Allerdings wurde die Arbeit der beiden Regierungsparteien gegensätzlich bewertet, wie die Meinungsforschungsinstitute ermittelten. Laut Infratest dimap zeigten sich immerhin 62 Prozent der Sachsen mit der Politik der CDU zufrieden (unzufrieden: 35 Prozent), dagegen nur 21 Prozent mit der Politik der FDP (unzufrieden: 70 Prozent).<sup>9</sup> Diese Ergebnisse gehen in dieselbe Richtung wie die der Forschungsgruppe Wahlen. Die CDU lag danach auf einer Skala von +5 bis -5 bei +2,0, die FDP bei -0,2.<sup>10</sup> Die einstige Mitgliedschaft des Ministerpräsidenten in der CDU-Blockpartei spielte, anders als 2009, im Wahlkampf nicht die geringste Rolle.

Eine schwarz-rote Koalition war das Bündnis mit der größten Unterstützung in der Wählerschaft. 28 Prozent votierten dafür, 24 Prozent für ein linkes Dreierbündnis (rot-rot-grün), 20 Prozent für die Fortsetzung der „bürgerlichen“ Regierung. Bei den Präferenzen der CDU-Wähler fielen zwei erstaunliche Befunde auf: Eine Koalition mit der SPD wurde etwas stärker bevorzugt als eine mit der FDP (41 zu 38 Prozent), und ein Bündnis mit der AfD kam fast so stark in Frage wie eines mit den Grünen (sieben beziehungsweise acht Prozent). Allerdings lag diese Variante gegenüber der „roten“ und der „gelben“ klar zurück.

Die CDU, eingedenk der Uneinheitlichkeit der Bündnispräferenzen ihres Elektorats, führte keinen Koalitionswahlkampf, setzte auf Kontinuität. In ihrem Regierungsprogramm zielten alle fünf Punkte schon in der Überschrift auf Sachsen: „Sachsen schafft Chancen“ – „Sachsen gibt Sicherheit – Sachsen ist einzigartig“ – „Sachsen ist zusammen stark“ – „Sachsen kann gestalten“. Die Partei nannte fünf Gründe für ihre Wahl: Fortsetzung der erfolgreichen Politik; Verzicht auf Experimente; gute Ideen, um Herausforderungen meistern zu können; Freiheit und Eigenverantwortung statt Bevormundung; und: „Unser Spitzenkandidat *Stanislaw Tillich* soll sächsischer Ministerpräsident bleiben, damit seine, damit Sachsens starke Stimme im Bund und in Europa auch weiterhin gehört wird.“<sup>11</sup>

Hingegen hob das Wahlprogramm der FDP die Rolle der Koalition gleich im ersten Satz der Präambel „Für ein freiheitliches, starkes und selbstbewusstes Sachsen“ hervor, wobei die Reihenfolge der Parteien nicht frei von Chuzpe war: „Sachsen hat in der gemeinsamen Regierungsverantwortung von FDP und CDU viel erreicht. [...] Mit der Fortsetzung der CDU/FDP-Landesregierung wollen wir zeigen, dass dieses bürgerliche Bündnis ein Zukunftsmodell ist – für Sachsen und darüber hinaus.“<sup>12</sup> Die Partei, die unter ihrem Landesvorsitzenden *Holger Zastrow* gegen den Mindestlohn und die Energiewende argumentierte, machte sich das Wort vom „sächsischen Weg“<sup>13</sup> zu eigen, zu verstehen im Sinne einer eigenständigen Politik. Die Liberalen führten einen Anti-Berlin-Wahlkampf („Sachsen ist nicht Berlin“), und zwar in doppelter Hinsicht: direkt gegen die Große Koalition, indirekt auch gegen die als wenig überzeugend angesehene Rolle der FDP im Bund. Im Wahlkampf traten nicht-sächsische FDP-Politiker kaum in Erscheinung.

9 Vgl. Infratest dimap, Sachsen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 31. August 2014, Berlin 2014, S. 28.

10 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Sachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 31. August 2014, Mannheim 2014, S. 22.

11 CDU – Die Sächsische Union, Mit Mut. Mit Weitsicht. Miteinander. Unser Regierungsprogramm 2014-2019, Dresden 2014, S. 82.

12 FDP Sachsen, Sachsenprogramm 2020. Freiheit, Fortschritt, Leidenschaft, Dresden 2014, S. 4.  
13 Ebenda, S. 4, S. 73.

Die Linke als größte Oppositionspartei unter dem eher blass wirkenden *Rico Gebhardt*, der allerdings innerparteilich für Ruhe gesorgt hatte, rückte die Thematik der sozialen Gerechtigkeit in den Vordergrund ihrer Kampagne. Sie strebte eine Koalition ohne die CDU an. „Wir werden ausschließlich Mehrheitsbeschaffer für ein sozialeres Sachsen sein, aber nicht für eine erschöpfte CDU-Dauerregierungspartei“<sup>14</sup> – als würde die CDU dies in Erwägung ziehen. Die Linke, insgesamt gemäßigt auftretend, räumte gewisse Erfolge der Politik in Sachsen ein. Zu den Problemen zählte die Partei unter anderem regionale und soziale Widersprüche bei der wirtschaftlichen Lage, Alters- und Kinderarmut, das zergliederte Schulsystem sowie mangelnde Weltoffenheit des Landes.

Die SPD, die den jungen, von Ex-Bundeskanzler *Gerhard Schröder* unterstützten Partei- und Fraktionsvorsitzenden *Martin Dulig* groß herausstellte, „ein Spitzenkandidat, wie er sächsischer nicht sein könnte“<sup>15</sup>, erwies in ihrem Wahlprogramm, das wie bei der CDU „Regierungsprogramm“ hieß, Sachsen ungeachtet mancher Kritik an der Regierung Reverenz: „In einigen Bereichen haben wir uns zum Vorzeigeland entwickelt. [...] Sachsen ist attraktiv, obwohl beim Regieren deutlich Luft nach oben ist.“<sup>16</sup> Gesundheits-, Bildungs-, Familien-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik standen gleichermaßen im Vordergrund. Ein zentrales Thema sprang nicht ins Auge. Die SPD vermied zwar konkrete Aussagen zum Koalitionspartner, ließ aber eine gewisse Präferenz für eine Kooperation mit der CDU erkennen, schon deshalb, weil ein Linksbündnis als unrealistisch erschien.

Die Grünen plädierten in ihrem Programm zur Landtagswahl, das stark Nachhaltigkeit betonte und gegen den Braunkohleabbau Stellung bezog, für einen „Politikwechsel“<sup>17</sup>. Das bedeutete aber nicht zwangsläufig eine Wachablösung der Union, denn die Frage nach der Koalition ließ die Partei offen.<sup>18</sup> „Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr Grüne Inhalte werden wir umsetzen können – sei es in verantwortlicher Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster Oppositionsarbeit.“<sup>19</sup> Von der Person, die der Partei ein Gesicht gab, der Fraktionsvorsitzenden *Antje Hermenau*<sup>20</sup>, war hinlänglich ihre Präferenz für ein Bündnis mit der Union bekannt. Die Mehrheit der Partei wollte eine solche Konstellation ersichtlich nicht. Dafür stand *Volkmar Zschocke*, der andere Spitzenkandidat, den die Öffentlichkeit kaum wahrnahm.

Selbst die NPD, die mit einem nahezu „geisterhaften Wahlkampf“<sup>21</sup> aufwartete, fast ohne Veranstaltungen und Wahlkampfstände, versuchte in ihrem Programm Sachsen stark zu berücksichtigen. „Wir wollen Sachsen in allen seinen gewachsenen Landesteilen erhalten

14 Die Linke, Besser leben in Sachsen. Landtagswahlprogramm 2014, Dresden 2014, S. 51.

15 *Cornelius Pollmer*, Ein Spitzenkandidat, wie er sächsischer nicht sein könnte, in: sueddeutsche.de vom 22. August 2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-der-sachsen-spd-ein-spitzenkandidat-wie-er-saechsischer-nicht-sein-koennte-1.2098097> (Abruf am 28. Januar 2015).

16 SPD, Unser Regierungsprogramm für Sachsen 2014-2019. Unser Sachsen für Morgen, Dresden 2014, S. 4.

17 Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen, Sachsens Chancen nutzen. Programm zur Landtagswahl 2014, Dresden 2014, S. 6.

18 Vgl. *Stefan Locke*, Gerne auch mit der CDU, in: FAZ vom 7. August 2014, S. 4; *Uwe Kuhr*, Grüne Sehnsucht nach der Macht, in: Freie Presse vom 14. August, S. 4.

19 Ebenda, S. 9.

20 Bereits im ersten Landtag von 1990 an vertreten, war sie von 1994 bis 2004 Bundestagsabgeordnete, ehe sie wieder dem Landtag Sachsens angehörte.

21 So *Bernhard Honigfort*, Konkurrenzkampf am rechten Rand, in: Berliner Zeitung vom 29. August 2014, S. 6.

und fordern dafür eine grundlegende Neuausrichtung der gesamten sächsischen Finanz-, Investitions- und Infrastrukturpolitik – ganz im Sinne des Mottos dieses Landtagswahlprogramms: Heimat im Herzen – Zukunft im Blick.<sup>22</sup> Die Partei betonte den Kampf gegen Asylmissbrauch, Asylbewerberheime und Zuwanderung („Moschee – nee“). *Holger Szymanski*, der *Holger Apfel* als Vorsitzender, Abgeordneter und als Spitzenkandidat für die Landtagswahl abgelöst hatte, stand im Schatten seines unter dubiosen Umständen zurückgetretenen Vorgängers, dessen Konzept der „seriösen Radikalität“ er gegen militante „Kameradschaften“ zu verteidigen versuchte.

Die AfD mit ihrer schneidig-frischen und eloquenten Spitzenkandidatin *Frauke Petry*<sup>23</sup>, einer von drei Parteivorsitzenden auf Bundesebene, trat im Wahlkampf offensiv auf, keineswegs als Ein-Themen-Partei. Die Europaskepsis spielte ohnehin kaum eine Rolle. Sie schloss eine Koalition mit der CDU nicht eigens aus, rückte dieses Thema jedoch nicht nach vorn. Im Wahlprogramm erinnerte die AfD an den Mut zumal der sächsischen Bürger vor 25 Jahren beim Sturz der SED-Diktatur: „Sie standen nicht dafür auf, dass wir den überkommenen Sozialismus gegen einen enthemmten Neokapitalismus eintauschen, der alle menschlichen und moralischen Werte niederwalzt. Sie standen auch nicht dafür auf, dass die strangulierende Ideologie des Marxismus-Leninismus durch neue und nicht weniger menschenfeindliche Ideologien wie den verquerten Genderismus ersetzt wird, der uns mit aller Macht aufgezwungen werden darf.“<sup>24</sup> Die AfD wollte nicht in Verbindung mit der NPD gebracht werden<sup>25</sup> und wahrte deutlich Abstand von ihr, auch wenn deren Parolen („Kriminalität bekämpfen – Grenzen sichern“) zuweilen den eigenen („Sichere Grenzen statt grenzenloser Kriminalität“) ähnelten.

Bei den sieben genannten Parteien, deren Spitzenkandidaten jeweils gebürtige Sachsen waren, spielte das Lob auf die Sachsen eine große Rolle. Alle wussten sächsischer Identität zu frönen. So hieß es zum Beispiel bei der FDP: „Verliebt in Sachsen“. Am stärksten setzte die CDU auf die sächsische Karte. Was *Kurt Biedenkopf* mit großem Erfolg begonnen (sein Nachfolger *Georg Milbradt* wohl vernachlässigt) hatte, setzte *Stanislaw Tillich* fort. Meistens sprach die Partei von der Sächsischen Union, nicht von der CDU.

### 3. Das Wahlergebnis

#### 3.1. Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung fiel in Sachsen mit 49,1 Prozent noch nie so niedrig aus wie 2014. Es war die zweitgeringste Wahlbeteiligung in einem Bundesland (nach Sachsen-Anhalt 2006 mit 44,4 Prozent).<sup>26</sup> Das mag gegensätzliche Gründe haben: zum einen Zufriedenheit mit der Regierungspolitik, zum anderen Unzufriedenheit mit ihr, ebenso Unzufriedenheit mit der Politik der Opposition. Eine monokausale Sichtweise führt in die Irre. Neben der Frage

22 NPD, Landtagswahlprogramm der sächsischen Nationaldemokraten, Riesa 2014, S. 3.

23 Vgl. *Justus Bender*, Wie die Feuerwehr, in: FAZ vom 3. September 2014, S. 8.

24 AfD Sachsen, Mut zu Sachsen. Wahlprogramm 2014, Dresden 2014, S. 2.

25 Vgl. *Franziska Haupt*, Bloß keine Plauderei mit der NPD, in: FAS vom 24. August 2014, S. 3.

26 Bei der thüringischen Landtagswahl zwei Wochen später wurde die sächsische Beteiligungsquote mit 47,9 Prozent unterboten.

der (Un-)Zufriedenheit spielt auch die Gesamtkonstellation eine Rolle. Angesichts des zu erwarteten sicheren Sieges der CDU war es für ihre Anhänger wie für ihre Gegner schwer, die jeweilige Klientel zu mobilisieren. Des Weiteren kann die niedrige Beteiligungsquote darauf zurückgeführt werden, dass die Wahl entgegen der Wünsche der SPD und der Linken am Ende der Sommerferien stattfand – an einem Wahlsonntag mit regnerischem Wetter. Wie die empirische Forschung zeigt, machen zudem sozial schwächer Gestellte weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch, da sie politisch desinteressierter sind.<sup>27</sup>

Die geringe Wahlbeteiligung lag, wie dies auch sonst der Fall ist, besonders an den jungen Wahlberechtigten. Nach den Angaben der repräsentativen Wahlstatistik gingen nur 33,6 Prozent der 18- bis 20-Jährigen und nur 26,7 Prozent der 21- bis 24-Jährigen zur Wahl, hingegen 45,3 Prozent der 60- bis 69-Jährigen und 39,9 Prozent der über 70-Jährigen.<sup>28</sup> Allerdings beziehen diese Angaben nicht die Briefwähler mit ein.<sup>29</sup> Da die Älteren von der Briefwahl deutlich mehr Gebrauch machen als die Jüngeren, ist die Kluft in der Partizipation zwischen den Generationen noch größer. Die Zahl der Briefwähler betrug 2014 19,2 Prozent<sup>30</sup> und ist damit gegenüber 2009 (14,9 Prozent) um ein Viertel gestiegen.

### 3.2. Abschneiden der Parteien

Die im August 2014 publizierten Meinungsumfragen, die nur geringfügig voneinander abwichen<sup>31</sup>, hatten für die CDU im Schnitt einen Stimmenanteil von etwas über 40 Prozent vorhergesagt, für die Linke knapp 20, für die SPD ungefähr 14 Prozent, für die AfD sieben, für die Grünen sechs, für die NPD fünf und für die FDP drei Prozent. Das Wahlergebnis differierte im Vergleich zu den Prognosen kaum (vgl. Tabelle 1). Diese überschätzten aber die Stärke der SPD und unterschätzten die der AfD.

Die CDU verlor erneut, wie 2004 und 2009, allerdings lediglich 0,8 Punkte. Ihr Stimmenanteil lag deutlich über dem der Linken, der SPD und der Grünen zusammen. Nicht bloß mit Blick auf „König Kurt“ wurde von einer „Erbmonarchie“ gesprochen.<sup>32</sup> Gleichwohl gab es Irritationen in den eigenen Reihen, so bei *Arnold Vaatz*, einst „der“ Bürgerrechtler Sachsens und Minister unter *Kurt Biedenkopf*, seit 2002 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion der Union: „Je mehr die CDU nach links rückt, umso stärker wird die Suche nach Alternativen rechts der Mitte.“<sup>33</sup>

27 Vgl. *Armin Schäfer*, Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: APuZ, B 48-49/2013, S. 39 – 46.

28 Vgl. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hrsg.), Sächsischer Landtag, Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik 2014, Kamenz 2014, S. 21.

29 Hierfür fehlten die gesetzlichen Grundlagen. Für die Europa- und die Bundestagswahlen im sächsischen Freistaat ließen sich die Briefwähler nach Alter und Geschlecht aufschlüsseln.

30 Vgl. die Mitteilung von *Michael Lober*, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, an den Verfasser vom 27. Januar 2015.

31 Vgl. *Wilko Zicht / Matthias Cantow*, Zusammenstellung der Umfragen zur Landtagswahl in Sachsen 2014, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/sachsen.htm> (Abruf am 31. Dezember 2014).

32 Vgl. *Robert Bornbaum / Fabian Lieber*, Die Erbmonarchie, in: Der Tagesspiegel vom 1. September 2014, S. 3.

33 Zitiert nach *Albert Funk*, „Die AfD ist nicht der Ku-Klux-Klan“, in: Der Tagesspiegel online vom 2. September 2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/cdu-csu-fraktionsvize-arnold-vaatz-die-afd-ist-nicht-der-ku-klux-klan/10639264.html> (Abruf am 28. Januar 2015).

Tabelle 1: Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2014 in Sachsen am 31. August 2014				
	Direktstimmen		Listenstimmen	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Wahlberechtigte	3.376.627	100,0	3.376.627	100,0
Wähler	1.659.497	49,1	1.659.497	49,1
Ungültige Stimmen	29.062	1,8	21.998	1,3
Gültige Stimmen	1.630.435	98,2	1.637.499	98,7
CDU	646.729	39,7	645.414	39,4
Die Linke	341.798	21,0	309.581	18,9
SPD	215.689	13,2	202.396	12,4
AfD	105.024	6,4	159.611	9,7
Grüne	102.614	6,3	93.857	5,7
NPD	83.717	5,1	81.051	4,9
FDP	66.330	4,1	61.840	3,8
Freie Wähler	32.389	2,0	26.434	1,6
Tierschutzpartei	–	–	18.611	1,1
Piraten	25.946	1,6	18.157	1,1
Die Partei	3.008	0,2	11.588	0,7
BüSo	5.874	0,4	3.340	0,2
pro Deutschland	–	–	3.149	0,2
DSU	252	0,0	2.470	0,2

Quelle: Zusammenstellung nach der amtlichen Wahlstatistik.

Der Stimmenanteil der Linken ging abermals zurück, obwohl die Partei im Bund wie im Land aus der Opposition heraus agierte. Die SPD konnte nur 2,0 Prozentpunkte zulegen. Mit diesem „bittersüßen Ergebnis“<sup>34</sup>, so die Generalsekretärin *Yasmin Fahimi*, hat sie abermals nicht einmal jeden achten Wähler für sich zu gewinnen vermocht. Die Annahme, Sachsen sei für die AfD eine Hochburg, bestätigte sich nach den Ergebnissen bei der Bundstags- und der Europawahl erneut. Der „Wahlkalender“ spielte ihr in die Hände. Die Grünen schafften zwar den Sprung über die Fünfprozent-Hürde, doch der Stimmenanteil von 5,7 Prozent lag deutlich unter den Erwartungen.

Kehrten mit der FDP und der NPD zwei Parteien nach einem Jahrzehnt parlamentarischer Tätigkeit nicht mehr in den Landtag zurück, so gelang der AfD auf Anhieb der Einzug in das Parlament. Sachsen hat damit das zweite Mal nach 1990 ein Fünf-Fraktion-Parlament (nach den jeweils drei Fraktionen in der zweiten und dritten sowie den sechs Fraktionen in der vierten und fünften Wahlperiode).

Für die FDP bedeutete der Wahlausgang, dass sie erstmals seit 1946 in keinem Kabinett eines Bundeslandes mehr vertreten ist. Das Scheitern für die konservativ agierende Sachsen-FDP dürfte misslicher sein als für die Bundespartei. Schließlich hatte *Holger Zastrow* 2013 das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden aufgegeben – aus Unzufriedenheit über den Kurs der Gesamtpartei. Bei einem Erfolg im Freistaat wäre *Zastrow*, kein Freund des Bundesvorsitzenden *Christian Lindner* und dezidiertem Gegner einer Öffnung zur SPD und zu den Grünen, über Sachsen hinaus in Erscheinung getreten. Die NPD verlor gegenüber der letzten Wahl trotz des Antretens der AfD nur 0,7 Punkte, wohl weil sie mittlerweile über eine gewisse Basis in Teilen Sachsens verfügt, so in der Sächsischen Schweiz. Ihr – knappes – Scheitern an der Fünfprozentklausel (keine 900 Stimmen fehlten) erwies sich für die finanzi-

34 Zitiert nach *Nico Fried*, Bittersüßes Ergebnis, in: SZ vom 1. September 2014, S. 2.

ell klamme Partei als ein Debakel. Die „Sonstigen“ erzielten zusammen 5,2 Prozent. Drei Parteien kamen über ein Prozent – die Freien Wähler deutlich, die Tierschutzpartei wie die „Piraten“ bloß knapp – und können alle von der staatlichen Teilfinanzierung partizipieren.

Alle Parteien mit einem Anteil über einem Prozent erzielten mehr Erst- als Zweitstimmen, mit Ausnahme der AfD, die in 20 der 60 Wahlkreise keine Bewerber aufgestellt hatte, und der Tierschutzpartei. In der Vergangenheit lag bei der CDU der Zweitstimmenanteil (bis auf 2004, als *Milbradt* Spitzenkandidat war) über dem Erststimmenanteil, besonders krass 1990, 1994 und 1999 (mit 3,0, 7,7 und 3,3 Punkten). Dies war offenkundig der Popularität *Biedenkopfs* geschuldet. Den Wahlkreis mit den meisten Erststimmen gewann *Tillich* (57,2 Prozent), wobei der Anteil an Erststimmen den an Zweitstimmen um 14,5 Punkte übertraf. Dahinter folgte die SPD-Abgeordnete (und spätere Ministerin) *Petra Köpping* mit einem Vorsprung von 7,5 Punkten auf die Zweitstimmen.

Die Asymmetrie zugunsten der CDU ist beachtlich, die Volatilität mit einem Wechselwähleranteil von 34 Prozent weiter hoch.<sup>35</sup> Erneut bestätigten sich zwei Befunde. Erstens: Die Linke und die SPD erreichen zusammen kein Drittel der Stimmen. Dass linke Parteien in Sachsen wenig reüssieren, dürfte nicht nur an der prägenden Persönlichkeit *Biedenkopfs* liegen, sondern auch an der Zeit vor der friedlichen Revolution. Die Unzufriedenheit war im Lande besonders groß – wohl nicht zufällig hatte die friedliche Revolution wie die Forderung nach einer schnellen Wiedervereinigung hier ihren Ausgangspunkt. Zweitens: Der Stimmenanteil von CDU und SPD bei den letzten drei Landtagswahlen beträgt bloß gut 50 Prozent. Damit hat lediglich jeder vierte Wahlberechtigte sie gewählt. Dieser Sachverhalt zeigt ein beträchtliches Repräsentationsdefizit der großen Parteien, für das in erster Linie die SPD verantwortlich ist. Ihr gehörten zu Ende des Jahres 2013 nur 4.486 Mitglieder an, der CDU 12.046.<sup>36</sup> Diese schwache Rekrutierungsfähigkeit gilt generell für die neuen Länder.

Die regionale Stimmenverteilung<sup>37</sup> weist ein ähnliches Muster wie bei den letzten Wahlen auf. Die CDU ist am stärksten im Erzgebirge und im Vogtland, am schwächsten in den drei Großstädten Leipzig (29,9 Prozent), Dresden (34,3 Prozent) und Chemnitz (35,4 Prozent). Die Linke ist hier ebenso überrepräsentiert (Chemnitz: 23,5 Prozent; Leipzig: 22,6 Prozent; Dresden: 19,0 Prozent) wie die SPD (Leipzig: 16,2 Prozent; Chemnitz: 13,9 Prozent; Dresden: 13,7 Prozent). Die Abweichungen in diesen Städten gegenüber der letzten Wahl deckten sich in etwa mit denen im gesamten Land. Bei der CDU fielen die Verluste etwas höher aus, bei der SPD die Gewinne leicht geringer. Die Linke schnitt deutlich besser ab als im übrigen Wahlgebiet – sie erreichte exakt den Wert von 2009. Die Grünen besitzen ihre Hochburgen in Leipzig (11,3 Prozent) und Dresden (10,9 Prozent), nicht in Chemnitz (6,1 Prozent), wobei die Verluste in diesen drei Großstädten mit 1,2 Punkten überdurchschnittlich waren. Bei der NPD ist es gerade umgekehrt: schwache Ergebnisse (Chemnitz: 3,9 Prozent; Leipzig und Dresden jeweils 3,3 Prozent), aber unterdurchschnittliche Einbußen von insgesamt 0,5 Punkten. Damit wäre, auf das gesamte Land umgerechnet, die NPD im Parlament verblieben. Die AfD schnitt in den drei Großstädten unterproportional gut ab (Chemnitz: 9,2 Prozent; Dresden: 8,2 Prozent; Leipzig: 7,3 Prozent). Wie bei der NPD (6,8 Prozent) ist ihre Hochburg die Oberlausitz (13,0 Prozent).

35 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 11.

36 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Parteimitgliedschaften im Jahre 2013, in: ZParl, 45. Jg. (2014), H. 2, S. 416 – 439, S. 422.

37 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 47 – 50.

**Tabelle 2: Landtagswahlergebnisse (Zweitstimmen in Prozent) und Mandatsverteilung in Sachsen seit 1990\***

	1990		1994		1999		2004		2009		2014	
	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze
Wahlbeteiligung	72,8		58,4		61,1		59,6		52,2		49,2	
CDU	53,8	92	58,1	77	56,9	76	41,1	55	40,2	58	39,4	59
SPD	19,1	32	16,6	22	10,7	14	9,8	13	10,4	14	12,4	18
PDS/Die Linke**	10,2	17	16,5	21	22,2	30	23,6	31	20,6	29	18,9	27
Bündnis 90/Die Grünen***	5,6	10	4,1	–	2,6	–	5,1	6	6,4	9	5,7	8
FDP	5,3	9	1,7	–	1,1	–	5,9	7	10,0	14	3,8	–
NPD	0,7	–	–	–	1,4	–	9,2	12	5,6	8	4,9	–
AfD	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	9,7	14
Sonstige	5,3	–	1,6	–	5,1	–	5,3	–	6,8	–	5,2	–

\* Aufgenommen sind nur solche Parteien, die mindestens bei einer Landtagswahl in das Parlament einziehen konnten.  
 \*\* Die Partei heißt seit 2007 „Die Linke“.  
 \*\*\* Der Name der Gruppierung lautete 1990 bei der Kandidatur: Neues Forum – Bündnis-Grüne.  
 Quelle: Zusammenstellung nach der amtlichen Wahlstatistik.

Da die 59 Direktmandate (von 60) bei der CDU zu drei Überhangmandaten führten (*Juliane Nagel* von der Partei Die Linke gewann den Wahlkreis Leipzig 2<sup>38</sup>), wurden drei Ausgleichsmandate für die Linke, die SPD und die AfD fällig, so dass die Zahl der Abgeordneten auf 126 stieg (vgl. Tabelle 2). 52 sind Neulinge im Landtag, fünf Abgeordnete gehören ihm seit 1990 ununterbrochen an: die CDU-Mitglieder *Thomas Colditz*, *Andrea Dombois*, *Matthias Rößler*, *Marko Schiemann* sowie *Klaus Bartl* von der Linken. Nur *Rößler* und *Schiemann* besaßen vor 1990 kein Parteibuch.

Die CDU schneidet bei den hiesigen Landtagswahlen insgesamt besser ab als bei den Bundestags- und Europawahlen, bei der SPD ist es umgekehrt. Das zeigt einmal mehr die starke Verankerung der „Sächsischen Union“ im Land. Allerdings war sie bei jeder Bundestags-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahl seit 1990 auch die stärkste Partei, nur bei der Bundestagswahl 2002 fiel der Vorsprung auf die SPD mit 0,3 Punkten sehr knapp aus.

### 3.3. Wahlentscheidende Themen, Wahlmotive und Wählerwanderung

Gegen die Person des Ministerpräsidenten *Tillich* war „kein Kraut gewachsen“. Die Spitzenkandidaten der SPD und der Linken, *Dulig* und *Gebhardt*, die beide diese Funktion das erste Mal innehatten, lagen in den Popularitätswerten klar zurück. Waren mit der Arbeit *Tillichs* 75 Prozent zufrieden (unzufrieden: 22), so fielen die Zufriedenheitswerte bei *Dulig* auf 36 (unzufrieden: 18) und bei *Gebhardt* auf 21 Prozent (unzufrieden: 14).<sup>39</sup> Allerdings kannten *Dulig* nur 56 Prozent der Befragten, *Gebhardt* gar bloß 37 Prozent. Die Zahlenwer-

38 Nach Zweitstimmen lag die CDU (25,9 Prozent) auch in diesem Wahlkreis vor der Linken (25,1 Prozent).

39 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 33.

te gingen ohne Vorgabe von Namen deutlich weiter nach unten: „Auf die Frage nach dem Spitzenkandidaten der Partei Die Linke können lediglich neun Prozent aller Befragten seinen Namen nennen. Das ist bei weitem der niedrigste je gemessene Bekanntheitswert eines Herausforderers im Ländervergleich.“<sup>40</sup> Der Freidemokrat *Zastrow* rangierte im Bekanntheitsgrad mit 66 Prozent auf dem zweiten Platz (zufrieden: 27; nicht zufrieden: 36 Prozent), die grüne Spitzenkandidatin *Hermenau* mit 47 Prozent auf dem vierten Platz (zufrieden: 27; unzufrieden: 18 Prozent). Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hätten sich 58 Prozent für *Tillich*, 17 Prozent für *Dulich* und neun Prozent für *Gebhardt* entschieden.<sup>41</sup>

Zwei Themen sahen die Wähler als besonders wichtig an: Schule/Bildung (30 Prozent) und Arbeitsplätze (29 Prozent).<sup>42</sup> Es folgten Familie (14 Prozent), Kriminalität (elf Prozent) und Verkehr (elf Prozent). Lag die CDU beim ersten Thema in der Kompetenzbeschreibung mit 25 Prozent nur knapp an erster Stelle (SPD: 23, Linke: 20 Prozent), fiel ihr Vorsprung beim Komplex Arbeitsplatzsicherheit klar aus (CDU: 46, SPD: zehn, Linke: sechs Prozent). Auf den Feldern Kriminalität und Verkehr dominierte sie; in der Kompetenz beim Thema Familie führte sie zwar, aber nicht stark vor der SPD und der Linken.

Die für die Stimmabgabe ausschlaggebenden Faktoren differierten zwischen den Parteien wenig (vgl. Tabelle 3). Überall standen die Sachfragen im Vordergrund. Für die Wähler der Partei, die den Ministerpräsidenten stellt(e), rangierte die Persönlichkeit des Spitzenkandidaten an zweiter Stelle; bei den anderen Parteien kam der personelle Faktor nur auf den dritten Platz hinter der Parteibindung. Dieses Merkmal hat gegenüber der letzten Wahl leicht an Bedeutung zugenommen; aber noch immer ist die Parteibindung in Sachsen eher schwach entwickelt.

*Tabelle 3: Faktoren für die Wahl einer Partei (Veränderungen in Prozentpunkten gegenüber der sächsischen Landtagswahl 2009 in Klammern)*

Gesamt	CDU	Die Linke	SPD	AfD	Grüne	NPD	FDP
Spitzenkandidat	21 (±0)	33 (+1)	14 (+1)	20 (+3)	9 (-)	9 (-1)	18 (+4)
Sachfragen	56 (+2)	39 (+1)	62 (±0)	56 (+2)	81 (-)	68 (-1)	80 (+14)
Parteibindung	19 (+1)	24 (+2)	21 (+2)	21 (-3)	4 (-)	22 (+6)	9 (-6)

Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 41.

Das erklärt die hohe Fluktuation zwischen den Parteien, wie die Wählerwanderungsbilanz von infratest dimap veranschaulicht.<sup>43</sup> Es ergeben sich folgende Extremwerte: Die CDU verliert an die AfD 33.000 Stimmen, gewinnt im Saldo von der FDP 20.000; die Linke verliert an die AfD 15.000 Stimmen, gewinnt 6.000 von den Grünen; die SPD gewinnt 12.000 von der FDP, gibt 8.000 an die AfD ab; Bündnis 90/Die Grünen gewinnen 3.000 Stimmen von der FDP, verlieren jeweils 7.000 an die SPD und die AfD; die NPD gewinnt 4.000 von der FDP, verliert 13.000 an die AfD, und die FDP verliert überall (am stärksten an die AfD: 18.000 Stimmen; am wenigsten an die Grünen: 3.000). Die AfD gewinnt am meisten von den nicht im Parlament vertretenen „anderen“ Parteien (39.000) – erst danach

40 Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 10), S. 26.

41 Vgl. für die folgenden Zahlen Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 34.

42 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 10), S. 30 – 34. Die Daten von Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 26, weichen davon nicht stark ab.

43 Vgl. ebenda, S. 11 – 18. Die Angaben über Nichtwähler, Erstwähler/Verstorbene sowie Zu- beziehungsweise Fortgezogene bleiben an dieser Stelle unberücksichtigt.

rangiert die CDU mit 33.000 Stimmen, gefolgt von der FDP (18.000), der Linken (15.000), der NPD (13.000), der SPD (8.000) und den Grünen (3.000). Der hohe Zustrom von den „anderen Parteien“ ist erstaunlich, zumal vor dem Hintergrund, dass die „Sonstigen“ an die sechs Parlamentsparteien insgesamt nur 24.000 Stimmen abgeben mussten. Ansonsten kommen die Gewinne aus allen politischen Lagern, wobei die nicht-linken Parteien deutlich mehr Stimmen abgeben mussten als die linken. Jeder dritte Wähler soll, wie erwähnt, ein Wechselwähler gewesen sein.

### 3.4. Bildung, Beruf, Konfession, eigene wirtschaftliche Lage

Die von den Meinungsforschern ermittelten Angaben zu den sozialstrukturellen Merkmalen der Wähler überraschen prinzipiell nicht, Abweichungen gegenüber der letzten Wahl halten sich in Grenzen (vgl. Tabelle 4). Wie 2009 rangierte die Wählerschaft der CDU nur bei den Arbeitslosen nicht an erster Stelle. Was die Bildung angeht, ist der im Schnitt niedrigere Schulabschluss innerhalb des CDU-Elektorats auffallend. Bei der AfD dominiert die mittlere Bildungsstufe, bei den Grünen klar die oberste. Hierzu stehen die Daten für die berufliche Tätigkeit in einem gewissen Zusammenhang. Bei den Wählern der CDU, der AfD, den Grünen und der FDP sind die Selbstständigen überrepräsentiert. Gleichwohl ist der Stimmenverlust bei den Liberalen innerhalb der Selbstständigen mit 16 Prozentpunkten drastisch. Die NPD konnte bei den Arbeitern und den Arbeitslosen immerhin mindestens jeden zehnten Wähler für sich gewinnen.

<i>Tabelle 4: Wahlverhalten in Sachsen nach Bildung, Beruf, Konfession und eigener wirtschaftlicher Lage in Prozent (Veränderungen in Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2009 in Klammern)</i>														
	CDU		Die Linke		SPD		AfD		Grüne		NPD		FDP	
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.
Bildung														
hoch	35	(±0)	20	(-2)	14	(+2)	8	(-)	10	(-1)	3	(±0)	4	(-7)
mittel	40	(±0)	18	(-1)	12	(+2)	13	(-)	3	(-1)	7	(-1)	3	(-8)
niedrig	46	(-2)	20	(-2)	12	(+1)	7	(-)	2	(-1)	7	(±0)	4	(-2)
Beruf/Tätigkeit														
Arbeiter	34	(-6)	17	(-1)	11	(+3)	15	(-)	3	(-1)	11	(+1)	2	(-10)
Angestellte	40	(+1)	13	(-5)	13	(+5)	10	(-)	9	(-2)	4	(+1)	4	(-9)
Beamte	39	(-3)	7	(-3)	19	(+7)	12	(-)	10	(+2)	5	(-2)	4	(-6)
Selbstständige	45	(+2)	13	(+1)	5	(±0)	15	(-)	8	(+1)	5	(-1)	7	(-16)
Rentner	43	(-3)	26	(+1)	14	(±0)	6	(-)	3	(-2)	3	(±0)	4	(-1)
Arbeitslose	26	(-2)	28	(-4)	9	(-1)	12	(-)	6	(+1)	11	(-1)	3	(-2)
Konfession														
katholisch	58	(-1)	8	(-2)	12	(+6)	8	(-)	7	(-1)	0	(-3)	3	(-4)
evangelisch	53	(+1)	10	(±0)	11	(±0)	7	(-)	6	(±0)	4	(±0)	4	(-4)
keine	33	(+1)	24	(-2)	13	(+2)	10	(-)	5	(-2)	5	(-1)	4	(-7)
Eigene wirtschaftliche Lage														
Zufriedene	43		16		13		9		6		4		4	
Unzufriedene	26		29		8		13		5		9		3	
Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 40; Forschungsgruppe Wahlen, a.a.O. (Fn. 10), S. 48 (Konfession).														

Sachsen ist ein Bundesland, in dem die Konfessionslosen (62 Prozent) die stärkste Gruppe sind, die Protestanten 25 Prozent stellen und die Katholiken mit vier Prozent in einer Art Diaspora leben. Die CDU rangiert auch bei den Konfessionslosen an erster Stelle, allerdings nicht so unangefochten wie bei den Protestanten und vor allem den Katholiken (jeweils absolute Mehrheit). Der Unterschied in der Konfessionsstruktur innerhalb der Wählerschaft der Linken fällt auf: Während bei den Konfessionslosen etwa jeder vierte für diese Partei votiert, ist es bei Wählern, die einer Kirche angehören, allenfalls jeder Zehnte.

Stärker auf subjektivem Empfinden beruht die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage als (eher) zufrieden oder (eher) unzufrieden. Es ist wohl kein Zufall, dass sich die Wähler der Linken, der AfD und der NPD (eher) als unzufrieden zu erkennen geben. 79 Prozent der sächsischen Wähler beurteilen die wirtschaftliche Lage als sehr gut beziehungsweise gut, 20 Prozent als weniger gut beziehungsweise schlecht; für 74 Prozent der Sachsen ist die eigene wirtschaftliche Lage sehr gut beziehungsweise gut und für 26 Prozent weniger gut beziehungsweise schlecht.<sup>44</sup>

### 3.5. Geschlecht und Alter

Geschlecht und Alter sind zwar keine wahl-determinierenden Faktoren, doch liefert die repräsentative Wahlstatistik, die auf dem tatsächlichen Wahlverhalten basiert, mit der Aufschlüsselung nach fünf Altersgruppen exakte Daten. Allerdings fallen die Kategorien unterschiedlich groß aus. So gehören nur 5,8 Prozent der Wahlberechtigten zu den 18- bis 24-Jährigen, aber immerhin 37,8 Prozent zu den über 60-Jährigen. Bei den Wählern ist die Differenz sogar größer (4,2 versus 40,2 Prozent).<sup>45</sup> Da diese Angaben die bei den Älteren über- und bei den Jüngeren unterrepräsentierten Briefwähler unberücksichtigt lassen, geht die Schere noch weiter auseinander. Wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen ließ sich die Kategorie der über 60-Jährigen nicht weiter aufteilen wie bei der Bundestagswahl 2013 (in die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen und in die der über 70-Jährigen). So umfassen die ersten drei Altersgruppen nur 30 Prozent der Wähler, die letzten beiden hingegen 70 Prozent.

Die CDU war in allen Altersgruppen bei Männern und Frauen die stärkste Partei, wobei die Abweichungen beträchtlich sind (vgl. Tabelle 5). Lag sie bei den 18- bis 24-jährigen Männern nur 10,8 Punkte vor der AfD, der in dieser Kategorie zweitstärksten Kraft, so bekam sie bei den über 60-jährigen Frauen 44,0 Punkte mehr als die AfD.<sup>46</sup> Linke und SPD wiesen in der Gruppe der über 60-Jährigen ihre Höchstwerte auf: mit 23,5 und 13,8 Prozent. Die FDP erreichte in keiner Altersgruppe bei Männern und Frauen fünf Prozent der Stimmen, die NPD hingegen in sechs von zehn, Bündnis 90/Die Grünen in acht, die AfD in allen.

Die sächsische CDU ist klar eine „Frauenpartei“ (43,2 versus 35,6 Prozent), ebenso die SPD (13,2 versus 11,5 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (6,1 versus 5,3 Prozent). Die AfD, die NPD und die FDP sind „Männerparteien“. Bei der Wählerschaft der Linken existiert die größte „Ausgeglichenheit“ im Elektorat. Die AfD schnitt bei den Männern (11,7 Prozent) etwas besser als die SPD ab (11,5 Prozent). Auf drei männliche Wähler kommen

<sup>44</sup> Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 9), S. 23 f.

<sup>45</sup> Vgl. Statistisches Landesamt Sachsen, a.a.O. (Fn. 28), S. 20.

<sup>46</sup> Vgl. ebenda, S. 29 f.

**Tabelle 5: Stimmabgabe (Listenstimmen) bei der Wahl zum Sächsischen Landtag am 31. August 2014 nach Alter und Geschlecht der Wähler in Prozent (Veränderungen in Prozentpunkten gegenüber der Wahl 2009 in Klammern)**

Alterskohorte	CDU	Die Linke	SPD	AfD	Grüne	NPD	FDP	Sonstige
<b>Gesamt</b>								
18 bis 24 Jahre	26,7 (-3,0)	14,2 (+3,0)	11,0 (+1,0)	12,1 (-)	10,3 (+1,9)	7,7 (-2,7)	3,4 (-9,7)	14,6 (-2,7)
25 bis 34 Jahre	30,3 (-4,5)	14,6 (+3,3)	11,4 (+2,7)	11,2 (-)	9,6 (-1,7)	7,5 (±0,0)	3,6 (-11,7)	11,8 (+0,7)
35 bis 44 Jahre	38,8 (-0,6)	12,6 (-2,4)	12,0 (+4,1)	11,0 (-)	9,5 (-0,1)	5,8 (-1,0)	4,4 (-9,0)	6,0 (-1,9)
45 bis 59 Jahre	38,9 (-0,3)	18,0 (-3,9)	11,3 (+2,7)	11,3 (-)	6,2 (-0,2)	5,5 (-0,8)	4,0 (-6,9)	4,7 (-2,1)
über 60 Jahre	44,1 (-0,8)	23,5 (-2,8)	13,8 (+0,4)	7,4 (-)	2,4 (-0,9)	3,2 (±0,0)	3,5 (-2,2)	2,1 (-1,0)
Zusammen	39,4 (-0,8)	18,9 (-1,7)	12,4 (+2,0)	9,7 (-)	5,7 (-0,7)	4,9 (-0,7)	3,8 (-6,2)	5,1 (-1,7)
<b>Männer</b>								
18 bis 24 Jahre	25,5 (-2,0)	14,1 (+3,2)	10,0 (±0,0)	14,7 (-)	8,1 (+1,7)	9,5 (-4,0)	4,2 (-9,7)	13,9 (-4,0)
25 bis 34 Jahre	28,4 (-3,4)	15,0 (+3,1)	9,8 (+1,2)	13,2 (-)	8,4 (-1,3)	9,4 (-0,8)	4,0 (-11,5)	11,8 (-0,5)
35 bis 44 Jahre	37,2 (+0,2)	12,9 (-2,4)	10,1 (+2,6)	12,7 (-)	8,4 (-0,6)	8,0 (-1,4)	4,8 (-9,2)	6,0 (-1,8)
45 bis 59 Jahre	36,6 (-0,8)	18,2 (-4,3)	10,2 (+2,0)	13,1 (-)	6,0 (+0,1)	7,6 (-1,2)	4,1 (-6,9)	4,1 (-2,0)
über 60 Jahre	37,8 (-1,7)	26,5 (-3,6)	13,7 (-0,2)	9,3 (-)	2,3 (-0,7)	4,8 (-0,1)	3,8 (-2,1)	1,8 (-0,8)
Zusammen	35,6 (-1,1)	20,0 (-1,9)	11,5 (+1,2)	11,7 (-)	5,3 (-0,5)	6,9 (-1,2)	4,1 (-6,3)	4,9 (-1,9)
<b>Frauen</b>								
18 bis 24 Jahre	28,2 (-4,3)	14,3 (+2,7)	12,0 (+2,0)	9,1 (-)	12,9 (+2,0)	5,5 (-1,1)	2,4 (-9,6)	15,5 (-1,0)
25 bis 34 Jahre	32,5 (-5,6)	14,1 (+3,5)	13,2 (+4,3)	9,0 (-)	10,9 (-2,1)	5,3 (+0,8)	3,1 (-12,0)	11,8 (+2,0)
35 bis 44 Jahre	40,5 (-1,4)	12,3 (-2,5)	14,0 (+5,7)	9,1 (-)	10,6 (+0,3)	3,4 (-0,6)	4,0 (-8,9)	6,0 (-1,9)
45 bis 59 Jahre	41,3 (-0,4)	17,8 (-3,5)	12,3 (+3,3)	9,5 (-)	6,5 (-0,4)	3,5 (-0,2)	3,8 (-7,0)	5,3 (-2,2)
über 60 Jahre	49,7 (+1,0)	20,9 (-2,2)	13,8 (+0,9)	5,7 (-)	2,5 (-1,1)	1,7 (±0,0)	3,2 (-2,3)	2,4 (-1,2)
Zusammen	43,2 (-0,5)	17,8 (-1,5)	13,2 (+2,7)	7,8 (-)	6,1 (-0,8)	3,0 (-0,2)	3,5 (-6,0)	5,3 (-1,5)

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Fn. 28), S. 28 ff.

bei der AfD zwei weibliche. Bei der NPD ist das Verhältnis 7:3. Die Tendenz hat sich gegenüber der letzten Wahl zum Teil verstärkt (so bei der CDU und der SPD), zum Teil abgeschwächt (bei den Grünen und der NPD). Die CDU, die Linke und die SPD sind „alte“ Parteien, die AfD, die Grünen und die NPD „junge“. Die FDP ist dazwischen angesiedelt. Krass fallen die Abweichungen bei den Grünen aus: 10,3 Prozent der 18- bis 24-Jährigen wählten diese Partei, aber nur 2,4 Prozent der über 60-Jährigen. Die Tendenz ist gegenüber 2009 zum Teil stärker (Grüne, CDU), zum Teil schwächer geworden (FDP, NPD).

Insgesamt sind die Unterschiede nach dem Alter ausgeprägter als die nach dem Geschlecht. Wer Alter und Geschlecht miteinander kombiniert, erhält folgende Extremwerte: 49,7 Prozent der über 60-jährigen Frauen votierten für die CDU und 25,5 Prozent der 18- bis 24-jährigen Männer; 26,5 Prozent der über 60-jährigen Männer entschieden sich für die Linke und 12,3 Prozent der 35- bis 44-jährigen Frauen, 14,0 Prozent der 35- bis 44-jährigen Frauen für die SPD und 9,8 Prozent der 25- bis 34-jährigen Männer; 14,7 Prozent der 18- bis 24-jährigen Männer wählten die AfD und 5,7 Prozent der über 60-jährigen Frauen; 12,9 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen und 2,3 Prozent der über 60-jährigen Männer die Grünen; 9,5 Prozent der 18- bis 24-jährigen Männer stimmten für die NPD und 1,7 Prozent der über 60-jährigen Frauen; 4,8 Prozent der 35- bis 44-jährigen Männer für die FDP und 2,4 Prozent der 18- bis 24-jährigen Frauen. „Extreme“ Extremwerte finden sich damit im Elektorat der Grünen und der NPD.

Im Vergleich zu früheren Wahlen fallen die gegenläufigen Werte innerhalb der einzelnen Altersgruppen bei den Parteien weitaus stärker auf. Einige signifikante Beispiele: Die CDU erzielte bei den über 60-jährigen Frauen ein Plus von 1,0 Punkten und bei den 25- bis 34-jährigen Frauen ein Minus von 5,6, die SPD bei den 35- bis 44-jährigen Frauen ein Plus von 5,7 Punkten, bei den über 60-jährigen Männern ein Minus von 0,2; die Linke verzeichnete bei den 18- bis 24-Jährigen ein Plus von 3,0 Punkten, bei den über 35-Jährigen ein Minus von 3,0. Die FDP büßte bei den über 60-jährigen Männern nur 2,1 Punkte ein; bei den 25- bis 34-jährigen Frauen hingegen gleich 12,0; die Grünen verbesserten bei den 18- bis 24-jährigen Frauen ihren Anteil um 2,0 Punkte und fuhren bei den 25- bis 34-jährigen Frauen ein Minus von 2,1 Punkten ein, die NPD steigerte sich bei den 25- bis 34-jährigen Frauen um 0,8 Punkte, musste jedoch bei den 18- bis 24-jährigen Männern einen Verlust von 4,0 Punkten hinnehmen. Für die Parteien sind solche Angaben von unschätzbarem Interesse.

Das Stimmensplitting lässt die Nähe der Parteien zueinander erkennen, und zwar aus Sicht der Wähler. Von den Zweitstimmenwählern der CDU haben 2014 84 Prozent auch mit ihrer Erststimme ihre Partei gewählt.<sup>47</sup> Gleiches gilt für die Linke. Bei der SPD und bei den Grünen, deren Kandidaten keine Chance auf den Gewinn eines Wahlkreises hatten, sind es 71 beziehungsweise 66 Prozent. Von den Zweitstimmenwählern der FDP gaben nur 53 Prozent ihre Erststimme dem Bewerber der Liberalen. Bei der AfD liegt dieser Anteil sogar bloß bei 50 Prozent, wobei die Partei in 20 der 60 Wahlkreise keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte. 76 Prozent der NPD-Wähler gaben ihre Erststimme dem eigenen Bewerber. Wie dieser Befund signalisiert, ist das NPD-Elektorat überwiegend von der eigenen Partei überzeugt, will also nicht für die Kandidaten der „Systemparteien“ votieren.

Neun Prozent der Splitting-Wähler der NPD votierten für den Kandidaten der CDU und sieben für den der AfD. Von den Splitting-Wählern der SPD gaben elf Prozent ihre Erststimme den Bewerbern der CDU, acht Prozent denen der Linken und fünf denen der Grünen; von den Splitting-Wählern der Grünen votierten zwölf Prozent für die Kandidaten der SPD, zehn für jene der Grünen und acht für die der CDU. Bei den Wählern der FDP und der AfD ist mit 34 beziehungsweise 17 Prozent eine stärkere Nähe zu den Kandidaten der CDU erkennbar.<sup>48</sup> Die Affinität des FDP-Elektorats zur CDU ist ersichtlich größer als die des Grünen-Elektorats zur SPD und Linken. Bei den AfD-Wählern votierten fast so viele zusammengenommen für einen Kandidaten der SPD beziehungsweise der NPD (jeweils acht Prozent) wie für einen der CDU; ihre Wählerschaft ist damit die heterogenste.

#### 4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Da die FDP an der Fünfprozent-Hürde gescheitert war<sup>49</sup>, musste die CDU eine lagerexterne Koalition eingehen. Der Hegemonialpartei, in der Wahl des Partners keineswegs festgelegt, wurde die Entscheidung durch das Votum der Grünen abgenommen. Diese ließen die

47 Vgl. für die Angaben ebenda, S. 37.

48 Das ohnehin geringe Splitting der CDU- und der Linken-Wähler bleibt außer Betracht, da die Bewerber einer anderen Partei nirgendwo mehr als fünf Prozent der Stimmen erhielten.

49 Selbst bei einem knappen Überspringen der Fünfprozent-Hürde wäre eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU unmöglich gewesen: Die Rolle der NPD 2004 (9,2 Prozent) hätte die AfD 2014 (9,7 Prozent) eingenommen.

Gelegenheit ungenutzt, Juniorpartner der CDU zu werden, obwohl die Fraktionsvorsitzende *Antje Hermenau* alles für einen solchen Schritt versuchte. Sie, die die Partei dreimal in das Landesparlament geführt hatte, erklärte direkt nach der Wahl den Rücktritt von ihrem Amt: Mit diesem Coup wollte sie die eigene „Mannschaft“ unter Druck setzen.<sup>50</sup> Es kam zwar zu Sondierungsgesprächen, aber die Partei sah entgegen *Hermenaus* Votum keine Basis für Verhandlungen, schon gar nicht für eine Koalition. Ein Hauptstreitpunkt war die Frage des Ausstiegs aus dem Braunkohleabbau.

Die Koalitionsverhandlungen zwischen der CDU und der SPD, die trotz der langen Dauer von vier Wochen niemals vor dem Scheitern standen, profitierten vom entspannten persönlichen Verhältnis zwischen *Tillich* und *Dulig* – beide hatten bereits zehn Jahre zuvor bei den Koalitionsgesprächen an einem Tisch gegessen.<sup>51</sup> Die SPD holte, wie im Bund 2013, nach dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen ein Mitgliedervotum ein, das bei einer Beteiligung von knapp zwei Dritteln mit 82,2 Prozent klar zugunsten des Bündnisses mit der CDU ausfiel. Diese wiederum beschloss auf einem Sonderparteitag ohne Gegenstimme die Annahme des Koalitionsvertrages.

Im 110 Seiten langen Dokument „Sachsen Zukunft gestalten“, unterzeichnet zehn Wochen nach den Landtagswahlen, verpflichteten sich die Partner auf die Umsetzung folgender zehn Maßnahmen: den Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten und Kinderkrippen zu verbessern, mindestens 6.100 neue Lehrer bis 2019 unbefristet zu beschäftigen, eine langfristige Zuschussvereinbarung für die Hochschulen vorzusehen, die Zuschüsse für Studentenwerke zu erhöhen, mehr Polizisten einzustellen, in den Breitbandausbau zu investieren, Fusionsfonds für den sächsischen Mittelstand zu schaffen, eine moderne Krankenhausinfrastruktur auszubauen, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten und mehr Gelder für Kulturraummittel zu geben.<sup>52</sup> Sachsen ist das einzige Bundesland mit einem Kulturraumgesetz, das nicht-staatliche Kultureinrichtungen fördert. Als Erfolg kann die SPD unter anderem die Abschaffung der Demokratieerklärung im Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen“ verbuchen. Antragsteller müssen keine Verpflichtungserklärung zugunsten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung mehr unterschreiben. Der „sozialdemokratisch schimmernde Koalitionsvertrag“ stellt auf eine „stark investive Politik“<sup>53</sup> ab, obwohl die Geldquellen aus Berlin und Brüssel künftig stark zurückgehen werden.

*Stanislaw Tillich*, auch Landesvorsitzender der CDU seit 2008, erhielt bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten am 12. November 2014 74 von 125 Stimmen. Drei Abgeordnete aus dem Regierungsbündnis gaben ihm damit nicht ihre Stimme. 2008 und bei seiner Wiederwahl 2009 waren es jeweils zwei. *Tillich*, erst der dritte sächsische Ministerpräsident und mittlerweile – nach dem Rücktritt des Berliners *Klaus Wowereit* im Dezember 2014 – der dienstälteste Regierungschef in den Ländern, verzichtete diesmal darauf, parteilose Minister zu berufen.<sup>54</sup> Damit hatte er in der Vergangenheit eine Art „Überparteilichkeit“ demonstrieren wollen.

50 Vgl. *Matthias Lohre*, Die Überzeugungstäterin, in: *Die Zeit* vom 11. September 2014, S. 14.

51 Vgl. *Timo Moritz*, Zehn Jahre klüger, in: *Freie Presse* vom 23. September 2014, S. 4.

52 Vgl. *Sachsen Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag 2014 bis 2019* zwischen der CDU Sachsen und der SPD Sachsen, Dresden 2014, S. 6.

53 So *Cornelius Pollmer*, Ein kleiner Stachel, in: *SZ* vom 10. November 2014, S. 4.

54 Die bei ihrer Berufung in das Ministeramt parteilosen *Kurth* und *Unland* waren danach der CDU beigetreten, die parteilos gebliebene *Sabine Freifrau von Schorlemer* gelangte als Wissenschaftsministerin nicht wieder ins Kabinett.

Tabelle 6: Das sächsische Kabinett nach der Landtagswahl 2014

Ministerpräsident	<i>Stanislaw Tillich</i> (CDU)
Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (stellvertretender Ministerpräsident)	<i>Martin Dulig</i> (SPD)
Staatsminister des Innern	<i>Markus Ulbig</i> (CDU)
Staatsminister für Finanzen	<i>Georg Unland</i> (CDU)
Staatsminister der Justiz	<i>Sebastian Gemkow</i> (CDU)
Staatsministerin für Kultus	<i>Brunhild Kurth</i> (CDU)
Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	<i>Eva-Maria Stange</i> (SPD)
Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz	<i>Barbara Klepsch</i> (CDU)
Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	<i>Thomas Schmidt</i> (CDU)
Staatsministerin für Gleichstellung und Integration	<i>Petra Köpping</i> (SPD)
Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	<i>Fritz Jaeckel</i> (CDU)
Quelle: Sächsische Staatskanzlei, Das Kabinett stellt sich vor, <a href="http://www.sachsen.de/neuerregierung2014.jsp">http://www.sachsen.de/neuerregierung2014.jsp</a> (Abruf am 11. Februar 2015).	

Die Zusammensetzung des neuen Kabinetts unterscheidet sich stark von der zu Beginn der letzten Wahlperiode (vgl. Tabelle 6).<sup>55</sup> Nur der Finanzminister *Georg Unland* und der Innenminister *Markus Ulbig* gehörten seinerzeit der Ministerriege an. Durch den Rücktritt von *Roland Wöller* im März 2012 wegen der Haushaltskürzungen für Schulen gelangte *Brunhild Kurth* in das Ministeramt für Kultus, das sie auch weiter bekleidet. *Frank Kupfer*, der bisherige Minister für Landwirtschaft, übernahm den Fraktionsvorsitz der CDU, der bisherige Chef der Staatskanzlei *Johannes Beermann* einen Sitz im Vorstand der Deutschen Bundesbank. Als „starker Mann“ im Kabinett gilt Finanzminister *Georg Unland*, der frühere Rektor der TU Freiberg. Die einzige große Überraschung: Nicht der vielfach gehandelte *Günther Schneider* aus dem Erzgebirge avancierte zum Justizminister, sondern der 36-jährige *Sebastian Gemkow* aus Leipzig, wohl wegen des Regionalproporz. Neue Minister aus den Reihen der CDU wurden zudem *Barbara Klepsch* (für Soziales und Verbraucherschutz), *Thomas Schmidt* (für Umwelt und Landwirtschaft) sowie *Fritz Jaeckel* (für Bundes- und Europaangelegenheiten, zugleich Chef der Staatskanzlei). Der 40-jährige SPD-Vorsitzende *Martin Dulig*, zugleich stellvertretender Ministerpräsident, erhielt das Ressort für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr. Für ihn übernahm der bisherige Generalsekretär *Dirk Panter* das Amt des Fraktionsvorsitzenden. Im Gegensatz zur ersten schwarz-roten Koalition bekam die SPD diesmal drei Minister und nicht zwei. *Eva-Maria Stange* wurde erneut – wie zwischen 2004 und 2009 – Wissenschaftsministerin. Das Amt für *Petra Köpping* (Integration und Gleichstellung) ist im Sozialministerium angesiedelt. Bis auf *Unland* und *Jaeckel*, die aus dem Westen stammen, sind alle Minister Sachsen. *Köpping* und *Stange* gehörten der SED an, Mitglieder der CDU-Blockpartei sind im neuen Kabinett nicht vertreten, anders als im alten (*Christine Claus* und *Frank Kupfer*). Allerdings gehören auch keine Bürgerrechtler mehr dem Kabinett an (wie seit 2008). Immerhin wurde *Matthias Röfßler* (Minister von 1994 bis 2004) wieder Landtagspräsident. Dessen Absicht, in der letzten Wahlperiode zu einer Verkleinerung des Parlaments zu kommen, führte nicht zum Ziel. Ein Kabinettsrevirement steht nach der Wahl im Juni beziehungsweise Juli (bei einem zweiten Wahlgang) für das Oberbürgermeisteramt in Dresden wahrscheinlich bevor: *Eva-Maria Stange* und *Markus Ulbig* treten dort gegeneinander an.

55 Vgl. die Kurzbiografien in dem Artikel „Die Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung“, in: Landtagskurier, H. 9/2014, S. 5.

Die Opposition ist weitaus weniger homogen als in der Wahlperiode zuvor, vom Sonderfall der NPD abgesehen. Bei der stärksten Oppositionskraft, der Linken, änderte sich nichts, da der Landesvorsitzende *Rico Gebhardt* das Amt des Fraktionsvorsitzenden behielt. Bei der AfD nimmt *Frauke Petry* auch beide Ämter wahr. Sie gilt als größte Gegnerin der Regierungsparteien. Die grüne Fraktionsvorsitzende *Antje Hermenau* hatte kurz nach dem Scheitern der Sondierungsgespräche mit der CDU ihr Mandat niedergelegt und exakt fünf Monate nach der Landtagswahl ihren Austritt aus der Partei erklärt. Dies ist ein herber Verlust für die seit Dezember 2014 von den „Nobodys“ *Christin Bahnert* und *Jürgen Kasek* geleitete Partei (als Nachfolger für *Claudia Maicher* und *Volkmar Zschocke*). Die Fraktion, von deren Mitgliedern nur *Eva Jähnigen* Erfahrungen im Landtag besitzt<sup>56</sup>, führt nun *Volkmar Zschocke*. Bei den aus dem Landtag ausgeschiedenen Parteien blieben *Holger Zastrow* und *Holger Szymanski* Landesvorsitzende. Für die Liberalen ist *Zastrow*, seit 1999 „Chef“ der Partei, weit wichtiger als *Szymanski* für die NPD, der erst seit 2013 diese Funktion ausübt.

## 5. Zusammenfassung

- (1) Die Entwicklung in Sachsen im letzten Jahrzehnt weist erstaunliche Parallelen zu jener im Bund auf. Der schwarz-roten Koalition folgte eine schwarz-gelbe, die wiederum durch eine schwarz-rote abgelöst wurde (nicht zuletzt wegen des Scheiterns der FDP an der Fünfprozent-Hürde). Eine arithmetisch mögliche schwarz-grüne Koalition scheiterte jeweils mehr an den Grünen als an der großen Volkspartei. Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied: Das Regierungsbündnis im Freistaat stellt wegen der Schwäche der SPD keine große „Große Koalition“ dar.
- (2) Der kurze Wahlkampf verlief ruhig, nahezu lethargisch. Wegen der Großen Koalition im Bund gab es keine bundespolitischen Spannungen, die den Streit im Land anstacheln konnten, und landespolitische Kontroversen, etwa bei der Schulpolitik, hielten sich in Grenzen. Die Dominanz der Union schien ungebrochen, zumal die Bürger Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten *Tillich* und der wirtschaftlichen Lage zeigten. Nur die AfD vermochte die Langeweile im Wahlkampf etwas „aufzumischen“.
- (3) Aus dem Sechs-Fraktionen-Parlament wurde ein Fünf-Fraktionen-Parlament. Die FDP und die NPD mussten aus dem Landtag ausscheiden, die AfD gelangte auf Antrieb hinein. Bis auf die Sozialdemokraten büßten alle bisherigen Parlamentsparteien Stimmen ein. Die Wahl in Sachsen könnte für das Parteiensystem im Bund durch den erstmaligen Einzug der AfD in ein Landesparlament wie durch das Ausscheiden der FDP aus der letzten Landesregierung einen Einschnitt bedeuten.
- (4) Auch wenn die CDU zum dritten Mal hintereinander Verluste hinzunehmen hatte, war ihre hegemoniale Position ungefährdet. Als „Sachsenpartei“ besitzt sie im politischen Vorfeld einen großen Vorsprung und mit ihrem Ministerpräsidenten *Stanislaw Tillich* eine Persönlichkeit, der die Konkurrenz nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatte. Auf den meisten Politikfeldern billigte ihr die Bevölkerung die größte Kompetenz zu.
- (5) Die SPD konnte mit ihrem neuen Spitzenkandidaten *Martin Dulig* etwas aufholen, während die Linke mit ihrem ebenfalls neuen Spitzenkandidaten *Rico Gebhardt* Stim-

<sup>56</sup> Vgl. *Uwe Kuhr*, Radikaler Schnitt in der Grünen-Fraktion, in: Freie Presse vom 17. September 2014, S. 4.

- men verlor. Gleichwohl liegt die Linke wie schon seit 1999 klar vor der SPD, die in keinem Bundesland seit nunmehr 15 Jahren so schlechte Wahlergebnisse kassiert wie im Freistaat.<sup>57</sup> Durch die Koalition mit der CDU spricht vieles für eine Absage der SPD an Avancen der Linken nach der nächsten Wahl.
- (6) Die Grünen, die mit 0,7 Punkten wenige Stimmen einbüßten, und die Liberalen, die mit einem Verlust von 6,2 Punkten „einbrachen“, sind die Wahlverlierer, allerdings auf unterschiedliche Weise. Die eine Partei musste aus der Regierung ausscheiden, die andere wollte nicht in sie hinein. Die beiden Spitzenkandidaten der Parteien zogen unterschiedliche Konsequenzen: Während die Grüne *Antje Hermenau* ihr Mandat nicht annahm und sich aus der Politik zurückzog, setzt *Holger Zastrow* sein Engagement für die Liberalen fort. Ihnen wie den Grünen scheint kein Aufbruch zu neuen (Koalitions-) Ufern bevorzustehen.
  - (7) Scheiterte die NPD knapp an der Fünfprozent-Hürde, konnte die AfD sie klar überspringen. Das Abscheiden der NPD (Verluste in Höhe von 0,7 Punkten) steht mit dem der AfD (Gewinne in Höhe von 9,7 Prozent) nur bedingt in einem Zusammenhang. Allerdings wäre die NPD ohne die Teilnahme der AfD mit Sicherheit in den Landtag gelangt. Die extremistische NPD ist stark eine Protestpartei, die nicht-extremistische AfD weniger stark und wurde vor allem wegen ihrer politischen Positionen gewählt. Ihr Erfolg, der sich bereits bei den Bundestagswahlen und den Europawahlen im Freistaat angedeutet hatte, dürfte in Sachsen keine Eintagsfliege bleiben.
  - (8) Bei den als wichtig genannten Themen – der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik – war der Vorsprung der Union durchgehend nicht mehr so klar wie bei der letzten Wahl. Bei den Wahlfaktoren dominierten überall die Sachfragen. Die Parteibindung spielte mit Ausnahme der CDU eine größere Rolle als die Person des Spitzenkandidaten. Nach der Wählerwanderungsbilanz gehörte jeder dritte Stimmbürger zu den Wechselwählern. Die AfD erreichte überraschenderweise am meisten Stimmen von den 2009 an der Fünfprozent-Hürde gescheiterten Parteien. Erst danach folgten Verluste der CDU, dann der FDP und der Linken, noch vor denen der NPD, schließlich der SPD und den Grünen.
  - (9) Bei dem Wahlverhalten nach Bildung, Beruf und Konfession bestätigten sich ebenso die bekannten Sachverhalte wie beim Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter. Die AfD ist bei den jungen Wählern wie den männlichen stark überrepräsentiert, ebenso bei den Arbeitern, den Arbeitslosen und, weniger deutlich, bei den Konfessionslosen. Die Wähler der Linken, der AfD und der NPD lassen mehr Unzufriedenheit als Zufriedenheit über die eigene wirtschaftliche Lage erkennen, nicht so die der anderen Parteien.
  - (10) Die Regierungsbildung ging trotz derselben Konstellation weniger kompliziert vonstatten als im Bund 2013. Die SPD wollte unbedingt Juniorpartner der „Sächsischen Union“ werden, und die Wähler wünschten eine schwarz-rote Koalition mehr als jede andere Bündnisvariante. Gegenüber 2009 überwiegt Wandel – nur zwei Minister waren auch seinerzeit im Kabinett. Das hängt weniger mit *Tillichs* Unzufriedenheit über die eigene „Mannschaft“ zusammen als mit anderen Faktoren: dem neuen Koalitionspartner sowie der Tatsache, dass manche Minister andere Karrierewege bevorzugten.

57 14 Tage nach der sächsischen Landtagswahl kam die SPD bei der Landtagswahl in Thüringen, wo die Partei mit Blick auf einen Koalitionspartner lavierte, ebenfalls auf 12,4 Prozent.